

Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 55 (1976)
Heft: 8-9

Artikel: Kommunisten gestern, heute und morgen
Autor: Scheuer, Georg
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-339189>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Georg Scheuer (Paris)

Kommunisten gestern, heute und morgen

Westeuropa steht am Vorabend politischer Verschiebungen, die sich seit längerer Zeit abzeichneten. Im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit stehen dabei die grossen Kommunistischen Parteien Italiens und Frankreichs und darüber hinaus überhaupt die Parteien, die früher in der 3. Internationale (1919 bis 1943) zusammengefasst waren. Sie haben seit einiger Zeit schrittweise mit mehreren Grundsätzen ihres ursprünglichen Programms gebrochen und bereiten sich jetzt auf eine Beteiligung an Koalitionsregierungen mit sozialistischen und bürgerlichen Parteien vor. Handelt es sich dabei um ein taktisches Manöver oder um einen grundlegenden Wandel dieser Kommunistischen Parteien und damit um eine wesentliche Änderung der politischen Lage in Europa und darüber hinaus auf der ganzen Welt?

Um diese Frage einwandfrei zu beantworten, ist es notwendig, das Wesen und die Entwicklung der Kommunistischen Parteien gründlich zu durchleuchten und dabei auf die Ursprünge zurückzukommen.

Kommunistische Parteien wurden nach dem Ersten Weltkrieg nach der historischen Spaltung der Sozialdemokratischen Parteien gegründet. Diese Spaltung zwischen Gemässigten und Radikalen erfolgte vor allem in drei miteinander zusammenhängenden Grundsatzfragen:

1. Stellung zum Staat und zur Gesellschaftsordnung (Reform oder Revolution);
2. Stellung zur Regierung («Ministerialismus» oder systematische Opposition);
3. Stellung zur Vaterlandsverteidigung (Patriotismus oder Defaitismus).

Wesentlich dabei ist, dass die gleichen Grundsatzfragen schon vor dem Ersten Weltkrieg, also vor der Existenz Kommunistischer Parteien, im Mittelpunkt der Auseinandersetzungen zwischen dem rechten und dem linken Flügel innerhalb der Sozialdemokratischen Parteien und der von ihnen gebildeten Zweiten Internationale standen. (Lenin und die anderen russischen Bolschewiken sowie die deutschen Linksozialisten um Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht betrachteten und bezeichneten sich damals selbst als Sozialdemokraten und befanden sich noch innerhalb der 2. Internationale, die sie für revolutionär-sozialistische Ideen zu gewinnen hofften.)

Nach der Spaltung versuchten Lenin und seine Mitarbeiter, die radikalen Sozialisten aller Länder für den Bolschewismus zu gewinnen, überhaupt der ganzen internationalen revolutionären Arbeiterbewegung den russisch-bolschewistischen Stempel aufzudrücken, was jedoch nur teilweise gelang. Bolschewistische Kommunisten und freiheitliche Linksozialisten waren also von Anfang an nicht dasselbe, sondern verschiedene Gruppierungen, die anfangs zusammenwirkten, aber schon sehr bald voneinander schieden und schliesslich in offenen Gegensatz zueinander gerieten. Dieser Hinweis auf eine historische Tatsache ist gerade jetzt von besonderer Bedeutung zum Verständnis der neuesten Entwicklung der Kommunistischen Parteien Westeuropas.

Die drei Grundfragen, die nach Ausbruch des Ersten Weltkrieges zur Scheidung der Geister innerhalb der alten Sozialdemokratie und zur Gründung Kommunistischer Parteien führten, sind weiterhin von hervorragender Bedeutung für das Verständnis der Gesamtentwicklung.

Die Spaltung 1914—1920

Eine Prüfung dieser drei heissen Eisen ist auch und gerade jetzt von besonderem Interesse.

Die Debatte über die Stellung zum Staat, das Problem einer Regierungsbeteiligung und das Verhalten im Falle eines Krieges erfüllte fast alle sozialdemokratischen Parteitage und internationalen Kongresse vor 1914. Dabei überwog in den Resolutionen zumeist der «linkssozialistische» Standpunkt. Die erstmalige Teilnahme eines Sozialisten an einer bürgerlichen Regierung war ein aussergewöhnliches Ereignis und wurde als «Millerandismus» (nach dem französischen Sozialisten Millerand) bekämpft. Die internationalen Sozialistenkongresse in Stuttgart (1907) und Basel (1912) erklärten sich ausdrücklich gegen die Bewilligung von Kriegskrediten und für revolutionäre Schritte der arbeitenden Klassen im Fall eines Kriegsausbruchs.

Erst mit Kriegsbeginn 1914 kam der «rechte» Flügel in den Sozialdemokratischen Parteien zum eindeutigen Durchbruch; die Reichtagsfraktion der SPD (mit Ausnahme des Abgeordneten Karl Liebknecht) stimmte für die Kriegskredite, ebenso stellten sich die meisten anderen Sozialdemokratischen Parteien der kriegführenden Länder in patriotischem Geist hinter ihre Regierungen, an welchen sie zum Teil noch im Krieg, vor allem aber nach Kriegsende in zunehmendem Mass beteiligt waren. Dies bedeutete praktisch den Bruch mit den «linken» Beschlüssen der Vorkriegszeit. Gewiss hatte es «Opportunismus» und «Sozialpatriotismus» schon vor 1914 im Keimzustand gegeben, die Früchte entwickelten sich aber erst im Kriegsgewitter.

Die Grundlage für die Spaltung war somit gelegt, nicht nur in der Kriegsfrage, sondern auch in allen anderen Hauptfragen der sozialistischen Arbeiterbewegung. Denn der Krieg ging mit der Revolution schwan-

ger, die Staaten wurden zu unerträglichen Kriegsmaschinen und zerbrachen unter der Wucht militärischer Niederlagen, der soziale Umsturz rückte auf die unmittelbare Tagesordnung vor allem in Russland, Deutschland, Österreich-Ungarn und Italien.

Die Spaltung zwischen Rechtssozialisten oder Kriegssozialisten einerseits und Linkssozialisten oder revolutionären Sozialisten andererseits (noch vor der Gründung «Kommunistischer» Parteien ab 1919/1920) betraf vor allem die drei heißen Eisen: Staat – Krieg – Revolution.

Der linke Flügel der Sozialdemokratie bekannte sich weiterhin zu den Beschlüssen von Stuttgart und Basel und hatte noch während des Krieges auf den Internationalen Konferenzen in Zimmerwald (Schweiz) die Fahne des «Internationalismus» gegen den «Sozialpatriotismus» erhoben. Mit Kriegsende war die Kluft nicht einfach zu überbrücken, im Gegenteil. Aus dem Krieg wuchs unmittelbar die Revolution und stellte alle Grundsatzzfragen in neuem, noch härterem Licht.

Mit dem Zusammenbruch der Monarchien der Romanows, Hohenzollern und Habsburger entstanden revolutionäre Perspektiven in ganz Europa. Die Sozialdemokratie wurde zur Regierungspartei, der vorher verpönte «Millerandismus» wurde zur Selbstverständlichkeit. Sie übernahm damit entscheidende Verantwortung auch gegen revolutionäre Bewegungen von links, wie beispielsweise gegen den Spartakusaufstand in Deutschland.

Lenins Usurpationsversuch

Zur Festigung seines Einflusses veranlasste Lenin 1919 die Gründung der 3. (Kommunistischen) Internationale in Moskau. Für die Bezeichnung «Kommunisten» entschied man sich erst nach längerer Überlegung. Das Wort «Kommunisten» hatte zuerst noch nicht den Klang und die Bedeutung, die es später bekam. Die ausländischen Anhänger Lenins hätten sich auch «Bolschwiken» oder anders nennen können, sie entschieden sich aber für das ältere schon von Marx und Engels verwendete Wort «Kommunisten», um damit auf die Linkssozialisten aller Länder einen entsprechenden Einfluss auszuüben.

Nur ein Teil der damaligen Linkssozialisten ging ab 1919 zu der in Moskau gegründeten 3. (Kommunistischen) Internationale über, andere – unter ihnen insbesondere die österreichische Sozialdemokratie – bildeten einige Jahre hindurch die «Internationale Arbeitsgemeinschaft», die auch «zweieinhalbte» Internationale genannt wurde, weil sie sich wohl von der 2. Internationale trennte, der 3. Internationale jedoch nicht anschloss.

Zur Eingliederung und «Bolschewisierung» der Linkssozialisten liess Lenin mit gezielter Absicht das Joch der berühmten 21 Aufnahmebedingungen errichten. Entscheidend sollte dabei wieder die Stellung der Kandidaten zu den hier erwähnten Kardinalpunkten sein: Staat – Krieg

– Revolution. Den beitretenden Personen, Gruppen und Parteien wurde das Bekenntnis zur «proletarischen Revolution» und «Diktatur des Proletariats» zur Pflicht gemacht.

Als die erwartete Weltrevolution ausblieb, musste sich der bolschewistische Sowjetstaat neu orientieren und einrichten. Wesentliche wirtschaftliche und politische Zugeständnisse an den herkömmlichen Kapitalismus wurden notwendig. Es kam 1921 sogar zur Zulassung privatkapitalistischer Produktionsverhältnisse in der Sowjetunion (NEP = «Neue Ökonomische Politik»). Lenin rechtfertigte diese Konzession vor seinen eigenen Anhängern damit, dass die politische Staatsmacht jedenfalls in den Händen der bolschewistischen Partei blieb. Oppositionsgruppen innerhalb der bolschewistischen Partei sprachen aber schon damals von einer larvierten «Rückkehr zum Kapitalismus» und von der Errichtung eines bürokratischen Staatskapitalismus. Lenin selbst sprach freimütig von der Notwendigkeit eines «Staatskapitalismus». Im Oktober 1921: «Unsere NEP . . . ist gewissermassen eine Wiederherstellung des Kapitalismus.» Im November: «Wir haben uns zum Staatskapitalismus zurückgezogen.» Die Kommunistischen Parteien wurden nun nach und nach zu Werkzeugen dieses sowjetrussischen Staatskapitalismus schon unter Lenin und erst recht nachher.

Linksradikalismus, Moskauhörigkeit, Intoleranz

In der öffentlichen Meinung galten die Kommunistischen Parteien lange sowohl als

1. linksradikal
2. Kreml-Agenturen
3. autoritär und intolerant

Man übersah, dass diese drei Eigenschaften (Linksradikalismus, Moskauhörigkeit, Intoleranz) keineswegs identisch sind, zwar unter bestimmten Umständen zusammentreffen, aber auch gesondert auftreten und gegebenenfalls einander ausschliessen können.

Linksradikale gab es lange vor Entstehung der Sowjetunion unter verschiedenen Flaggen seit Jahrhunderten, in der sozialistischen Arbeiterbewegung von Anfang an, zum Beispiel unter anarchistischen, sozialrevolutionären oder marxistischen Vorzeichen. Lenins Bolschewistische Partei war vor 1917 nur eine Abteilung des linksradikalen Flügels innerhalb der 2. Internationale. Andere Bestandteile dieser linksradikalen Strömung waren beispielsweise die holländischen Sozialisten und späteren «Rätekommunisten» unter der Führung von Gorter und Pannekoek, die den Bolschewismus Lenins von Anfang an ablehnten, die deutschen Spartakisten mit Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, die dem russischen Bolschewismus gleichfalls kritisch gegenüberstanden.

Nach Errichtung der Sowjetunion 1917 und Gründung der 3. Internationale 1919 versuchten Lenin und sein Kreis, alle linksradikalen Strö-

mungen der Welt in den Griff zu bekommen und zu absorbieren. Dies gelang aber nur zum Teil, mehrere linkssozialistische Gruppen blieben von vornherein ausserhalb der von Lenin dirigierten Internationale, andere traten eine Zeitlang bei und wurden nach einigen Jahren wieder abgestossen, ausgeschlossen oder zum Austritt gezwungen, wenn sie sich den Bedürfnissen und Weisungen der Sowjetbürokratie nicht fügten.

Die Unterschiede, Differenzen und schliesslich Gegensätze zwischen Linksradiكالen und offiziellen Moskaukommunisten wurden schon in den zwanziger Jahren in der Sowjetunion und zahlreichen anderen Ländern immer deutlicher.

Ursprünglich waren die Kommunistischen Parteien Westeuropas nach ihrer Gründung (KPD und KPÖ 1919, KPF und KPI 1920) tatsächlich vorwiegend linksradikale Parteien, wurden aber nach einem fortschreitenden Prozess sogenannter «Bolschewisierung» bald zu Agenturen der Kremlbürokratie, in deren Auftrag sie sich in Westeuropa häufig eigenständigen linkssozialistischen und revolutionären Bestrebungen widersetzen.

Der bürokratisch-staatskapitalistische Klassencharakter der Sowjetunion hatte schon in den zwanziger und dreissiger Jahren entscheidenden Einfluss auf den Wandel der Kommunistischen Parteien Westeuropas. Die in Moskau errichtete staatskapitalistisch-bürokratische Diktatur wurde der internationalen Arbeiterbewegung als nachahmenswertes Musterbeispiel sozialistischer Demokratie serviert. Die von Moskau gelenkten Kommunistischen Parteien verzichteten damit auf ursprüngliche sozialistische Konzepte und Ideale und erstrebten nur noch Unterordnung unter die Ziele sowjetrussischer Aussenpolitik oder Imitierung der in der UdSSR geübten Methoden und Strukturen. Damit wurden die Kommunistischen Parteien immer mehr und immer deutlicher auch in Westeuropa zu konservativen Kräften, die sich in wesentlichen Grundfragen schon in den dreissiger und vierziger Jahren vielfach rechts von der Sozialdemokratie befanden. Verstärkt wurde dieser Prozess durch die Abschaffung des früher praktizierten Fraktionsrechtes und die Erstickung der Meinungs- und Redefreiheit innerhalb der Kommunistischen Parteien. All dies segelte fälschlicherweise unter der Fahne des «Sozialismus». Die wirkliche Idee des Sozialismus wurde damit weithin für Generationen geschädigt und kompromittiert.

Umschwung

Betrachtet man nun die Stellungnahme der westeuropäischen Kommunistischen Parteien 1976 in den gleichen Grundsatzfragen, so konstatiert man einen totalen Bruch nicht nur mit den historischen 21 Bedingungen der Kommunistischen Internationale, sondern auch mit der Theorie und Praxis der ganzen ersten Periode der Kommunistischen Internationale und eine Hinwendung zum vorher verpönten «Sozialdemokratismus».

Die Umkehr der Kommunistischen Parteien erfolgte allerdings nicht erst in den siebziger Jahren, sondern schon 1935 auf dem 7. und letzten Weltkongress der 3. Internationale, die im Zweiten Weltkrieg von Stalin formal aufgelöst wurde. Nur unter dieser Voraussetzung war es überhaupt möglich, dass im Zweiten Weltkrieg eine Allianz zwischen den Westmächten und der Sowjetunion zustande kommen konnte und Kommunisten an Koalitionsregierungen beteiligt wurden (so insbesondere KPF-Chef Maurice Thorez und andere kommunistische Persönlichkeiten als Minister unter General de Gaulle in den vierziger Jahren).

Der 7. Weltkongress 1935 fasste unter anderem folgende Beschlüsse:

1. Befürwortung der Kriegskredite durch kommunistische Parlamentsfraktionen in Frankreich und anderen Ländern;
2. Ersetzung der bis dahin propagierten «ultralinken» proletarisch-revolutionären Strategie und Taktik durch eine reformistisch-patriotische Perspektive;
3. Erweiterung der damals entstehenden «Volksfronten» (Bündnisse der Linksparteien mit der Linksmitte) zu «Nationalen Fronten» (mit Einschluss patriotischer Rechtskräfte);
4. Unterstützung der «patriotischen» Regierungen und grundsätzliche Bereitschaft, gegebenenfalls auch mit Ministern an solchen Regierungen beteiligt zu sein;
5. Zurückstellung beziehungsweise Streichung des proletarisch-revolutionären Vokabulars und Dekors und Einführung vaterländischer Phrasen und Symbole.

Auf Grund dieser bedeutsamen Umkehr und Einkehr kam es in jenen und folgenden dreissiger Jahren zu Abkommen der Kommunistischen Parteien, aber auch mit linksbürgerlichen und schliesslich rechtspatriotischen Kräften wie den französischen Gaullisten. Die «Pakte» segelten unter verschiedenen Etiketten in drei Etappen: Einheitsfront, Volksfront, Nationale Front.

Die offiziellen Kommunisten hörten also schon in den zwanziger und vor allem in den dreissiger Jahren auf, Linksradikale zu sein, blieben aber eindeutig Instrumente Moskaus. Mehr noch, sie verzichteten gerade im Interesse und auf Anordnung Moskaus auf revolutionäre Strategie in Westeuropa und erleichterten damit die aussenpolitische, wirtschaftliche und zum Teil auch militärische Zusammenarbeit zwischen Moskau und den vorher als «imperialistisch» bekämpften Westmächten, wurden aber zugleich auch zu staaterhaltenden Kräften der Klassenzusammenarbeit im kapitalistischen Westeuropa.

Diese Rolle spielten die Kommunistischen Parteien Westeuropas seit den dreissiger Jahren über den Zweiten Weltkrieg bis zur Gegenwart, jedoch stets noch den Interessen und Weisungen des Kreml gehorchend, also etwaigen Schwankungen der sowjetrussischen Aussenpolitik eingeordnet. So kehrte zum Beispiel die KPF während des Kalten Krieges der

fünfziger Jahre zwar nicht zur revolutionären Strategie der zwanziger Jahre zurück, versuchte aber doch durch künstlich vom Zaun gebrochene politische Streiks oder Sabotage einen Druck auf die jeweiligen französischen Regierungen auszuüben, um im Interesse Moskaus aussenpolitische Korrekturen zu erzwingen; sobald dies erreicht war, kehrte die KPF wieder zu ihrer grundsätzlich staatsertreuenden, sozialpatriotischen und «reformistischen» Linie zurück.

Die neueste Entwicklung der KPI und KPF ist also kein absolutes Novum, sondern nur die verstärkte Neuauflage einer Mauserung, die schon längst eingesetzt hat. Wichtig ist es jetzt, festzustellen, wie weit dieser Einbau der Kommunistischen Parteien in die bürgerliche Gesellschaftsordnung bereits vorangeschritten ist und wohin sie noch führen kann. Vor allem stellt sich die Frage, ob und wie weit die Kommunistischen Parteien Westeuropas, insbesondere die KPI und KPF, nachdem sie seit einem Menschenalter ihre linksradikale Funktion begraben haben, sich jetzt auch ihrer zweiten Funktion entledigen und aufhören, Instrumente einer ausländischen Grossmacht zu sein. Anzeichen hierfür sind gegeben.

Man weiss, dass sich die KPF seit ungefähr neun Jahren, insbesondere seit ihrem Protest gegen die Sowjetinvasion der Tschechoslowakei 1968, im Konflikt mit dem Kreml befindet. Im Auftrag Breschnews hat der Pariser Sowjetbotschafter sogar den Abschluss der Linksunion der KPF mit SPF und den Linksliberalen öffentlich verurteilt und während der Präsidentschaftswahlen 1974 ostentativ den damaligen konservativ-liberalen Kandidaten Giscard d'Estaing gegen Mitterrand gefördert. Die Beschlüsse des 22. KPF-Parteitag im Februar 1976 wurden in Moskau offen getadelt.

In den Versammlungen zur Vorbereitung dieses Parteitages wurden nicht nur taktische Fragen, sondern auch Grundsatzprobleme zur Debatte gestellt. So gab es beispielsweise neben den «Revisionisten» auch weiterhin unentwegte Verfechter der Diktatur des Proletariats und Verteidiger sowjetischer Zustände. Alle diese Diskussionen wurden aber nur in regionalem und lokalem Rahmen ausgetragen – mit teilweiser Berichterstattung im Zentralorgan «Humanité» – und wahrscheinlich auch in den Führungsgremien hinter verschlossenen Türen, kamen aber auf dem Parteitag im Scheinwerferlicht der Öffentlichkeit zum Schweigen. Einmütigkeit der Beschlüsse wird immer noch gross geschrieben.

Der organisationspolitische Grundsatz der KPF ist der demokratische Zentralismus, ein dehnbarer Begriff, der aber jetzt so ausgelegt und praktiziert wird, dass die Diskussion der vorliegenden Fragen bis zur mehrheitlichen Beschlussfassung als notwendig betrachtet wird, in einer zweiten Phase jedoch nach mehrheitlicher Beschlussfassung die Minderheit sich der Mehrheit unterordnen und an disziplinierter Durchführung der Beschlüsse beteiligen muss. Fraktionsbildungen, wie sie in der Frühzeit der KPF möglich waren, sind weiterhin untersagt.

Dennoch, die neueste Entwicklung der KPF wurde nicht einfach von oben dekretiert und hätte bei einer solchen Massenpartei auch nicht von oben dekrediert werden können, sondern wurde in monatelangen Diskussionen erarbeitet. Wesentlich für die Auflockerung der KPF ist ihr Massencharakter und damit auch eine erhöhte Kontrolle der öffentlichen Meinung.

Augenscheinlich befindet sich die KPF noch auf halbem Weg von früherer stalinistischer Sturheit zu neuen Formen, in welchen auch innere Demokratie in begrenztem Rahmen in Erscheinung treten könnte. All das ist in Fluss, die weitere Entwicklung hängt nicht zuletzt auch vom allgemeinen Gang der Ereignisse ab.

Zwischenbilanz und Vorschau

Man kann in der Entwicklung der Kommunistischen Parteien Westeuropas drei Etappen unterscheiden:

1. In den ersten Jahren waren sie sowohl linksradikal und intolerant als auch moskauhörig. Damals setzte die Sowjetregierung noch auf «proletarische Weltrevolution».

2. Dann kam die Etappe, in der die Kommunistischen Parteien nur noch scheinlinks waren und praktisch bereits auf reformistische Positionen übergingen, aber immer noch moskauhörig. Das war die Zeit, in der die Kremlführung revolutionäre Experimente oder Bestrebungen in Westeuropa endgültig abgeschrieben hatte und sogar bekämpfte und die Kommunistischen Parteien zu diesem Zweck im Interesse der sowjetischen Aussenpolitik einsetzte.

3. Mit dem organisatorischen Wachstum Kommunistischer Parteien in lateinischen Ländern Westeuropas begann ein Prozess der relativen «Sozialdemokratisierung» dieser Parteien und damit ein zunehmender Unabhängigkeitswille von Moskau. Entscheidend war dabei auch der abtossende Effekt sowjetischer Zustände, die in Westeuropa mit der Lockerung des «Eisernen Vorhangs» nicht mehr verhüllt oder verniedlicht werden konnten.

Ausschlaggebend ist schliesslich der Selbsterhaltungstrieb dieser grossen Kommunistischen Parteien Westeuropas, die jetzt aus eigener Erfahrung wissen, dass sie als Lakaien eines ausländischen und noch dazu undemokratischen Regimes auf keinen Fall zum Zug kommen können. Bei all dem hatten die Erfahrungen der osteuropäischen und insbesondere tschechoslowakischen Reformkommunisten ausschlaggebenden Einfluss auf die Entwicklung der Kommunistischen Parteien Italiens, Frankreichs und Spaniens.

Ein drittes Kriterium ist schliesslich zu beachten: die innerparteiliche Demokratie und die Bereitschaft zu Toleranz gegenüber anderen politischen Partnern, insbesondere auch gegenüber Minderheiten. Hier steht noch ein grosses Fragezeichen. Lossage von bolschewistischen Dogmen

und sowjetrussischer Vormundschaft sind gewiss Voraussetzungen für demokratisches Verhalten, bedingen es aber noch nicht notwendigerweise. Es gibt nationalkommunistische oder nationalreformistische Parteien mit autoritären Allüren.

Die Abkehr der grossen Kommunistischen Parteien Westeuropas vom bolschewistischen Dogma bedeutet schon jetzt eine indirekte Rehabilitierung der Sozialdemokratie. Dies ist jedoch noch nicht gleichbedeutend mit einer tatsächlichen «Bekehrung» oder vollständigen Rückkehr der Kommunistischen Parteien zu sozialdemokratischen Konzepten in allen wesentlichen Punkten. Es ist damit also auch noch nicht gewiss, ob und wann diese Kommunistischen Parteien letzte Konsequenzen ziehen und beispielsweise auf die kommunistische Etikette verzichten. Auf keinen Fall wird man übrigens Parteien nach ihrem Namen beurteilen dürfen. So wie beispielsweise Frankreichs Radikal-Sozialisten weder radikal noch sozialistisch, sondern gemässigt-bürgerlich sind, können Parteien auch unter dem Schlagwort «Kommunismus» marschieren und in Wirklichkeit kapitalistische oder staatskapitalistische Interessen vertreten.

Auch eine Lossage von Moskau und die Hinkehr zu nationalen Belangen wäre noch keine Entwicklung im sozialistisch-demokratischen Sinn, sondern könnte beispielsweise zu «nationalkommunistischen» autoritären Strukturen im Sinn eines national selbständigen Staatskapitalismus streben. Alle diese Tendenzen und Möglichkeiten sind unabhängig von den jeweiligen Etiketten und Schlagwörtern in jedem gegebenen Fall zu prüfen.

Dabei wird man sich hüten müssen, von einem Extrem ins andere zu fallen, nämlich einerseits dem Aberglauben zu huldigen, Massenparteien wie die KPI und KPF könnten sich nicht ändern und alle ihre Erklärungen und Schritte seien nur Lug und Taktik zur Täuschung der Umwelt, andererseits in den anderen Aberglauben zu verfallen, diese Parteien wären mit ihrer Distanz von Moskau und ihrer revisionistischen Mauserung bereits waschechte «sozialdemokratische» oder «sozialdemokratoide» Parteien geworden.